Brief aus dem Nationalrat : Stichworte zu einer "umfassenden Friedenspolitik"

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **83 (1989)**

Heft 6

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-143479

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Stichworte zu einer «umfassenden Friedenspolitik»

Der Armeeabschaffungsinitiative zweiter Teil hat in der öffentlichen Diskussion noch wenig Echo ausgelöst. Das etwas hochtrabende Wort von der umfassenden Friedenspolitik ist bis heute zu wenig konkretisiert worden, als dass sie als Alternative der Armee und dem militärischen Denken überzeugend gegenübergestellt werden könnte. Etliche Armeegegner haben sich um Einzelvorschläge bemüht, die aber dem hohen und selbstgestellten Anspruch «umfassende Friedenspolitik» noch nicht genügen.

Für ihren Parteitag vom 3. Juni 1989 hat die SPS Thesen «Auf dem Weg zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik» und ein Dreizehn-Punkte-Programm zur Friedens- und Sicherheitspolitik ausgearbeitet. Schweizerischer Friedensrat und Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot legen gemeinsam einen Aufruf zur Auseinandersetzung «Für eine demilitarisierte, zivilisierte Schweiz!» vor.

Ich beschränke mich auf eine Zusammenstellung von Stichworten, vorwiegend aus dem Bereich der Aussenpolitik, als Beitrag zur Diskussion und zur Konkretisierung der umfassenden Friedenspolitik. Teilweise stütze ich mich auf die erwähnten Quellen.

Ich bin allerdings nicht der Meinung, wir müssten bei Null anfangen. Der Bundesrat hat nicht nichts getan, verglichen mit den Möglichkeiten der Schweiz, aber viel zu wenig.

A) Wirtschaftlicher Bereich

1. Unterstützung einer gerechten und ökologischen Weltwirtschaftsordnung;
2. auch die Aussenwirtschaft soll den Menschenrechten verpflichtet sein, selbst wenn dies zu exportwirtschaftlichen Einbussen führt. Die Einhaltung der Menschenrechte geht dem Prinzip der Universalität vor;
3. Teilnahme an weltweiten Boykottmassnahmen, zum Beispiel gegenüber Südafrika, auch wenn sie die Grossbanken schmerzen;
4. Abbau der internationalen Verschuldung durch Schuldenerlass zur Förderung von Struktur- und Abrüstungspolitik statt undifferenziertem Wirtschaftswachstum für die verschuldeten Staaten;
5. Fortführung und Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit (in Richtung gerechter Handel) und der humanitären Hilfe.

B) Rechtlicher Bereich

6. Unterstützung einer Weltmedienordnung, die der Dritten Welt gerecht wird;
7. Ratifikation des internationalen Abkommens gegen den Völkermord (Genocid); Hilfe zur Lösung von Minderheitenproblemen; diplomatische/politische Anerkennung von Befreiungsbewegungen (PLO); wirtschaftliche und soziale Aktivitäten zur Verhinderung oder Mässigung von Flüchtlingsströmen und Wanderungsbewegungen (Ursachenbekämpfung), nicht aber Visumspflicht, Saisonnierstatut oder Abschottung;
8. Ausbau des Völkerrechts, besonders des humanitären Völkerrechts;
9. weniger Perfektionismus bei der Ratifikation internationaler Abkommen (z.B. gegen den Rassismus und gegen die Diskriminierung der Frauen);
10. Ausbau der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen, besonders gegen die organisierte Kriminalität; Mitarbeit bei einer Konvention gegen die Mafia (Vorschlag Paolo Bernasconi).

C) Politischer Bereich

11. Internationale Umweltschutzpolitik als Pfeiler der Aussenpolitik;
12. UNO-Beitritt bleibt auf der Traktandenliste der Schweiz;
13. Ausbau der «Guten Dienste»: Entwicklung politischer Ideen und Vorschläge,

nicht nur Infrastruktur für Konferenzen: mehr Risikobereitschaft!
14. Intensivierung der Zusammenarbeit mit den blockfreien Staaten (N + N), um gerade unter ihnen unsere Neutralitätserfahrungen einzubringen;
15. Förderung der Zusammenarbeit mit den nicht-gouvernementalen Organisationen, einschliesslich Francophonie;
16. Ausgestaltung kultureller Beziehungen, Ernennung von Kulturattachés in Staaten, die uns kulturell fremd sind (Kultur heisst auch Widerstand!);
17. Fortentwicklung Europas (Europarat, EFTA, KSZE, EG), unter Einschluss Osteuropas, Unterstützung von atom- und chemiewaffenfreien Neutralitätszonen, Ratifikation europäischer Konventionen, Schiedsgerichte zur Förderung nichtmilitärischer Konfliktlösung.

D) Entspannungs- und Abrüstungsbereich

18. Verstärkte Teilnahme an friedenserhaltenden Aktionen wie in Namibia, einschliesslich UNO-Blauhelme, sowie Ausbau und Öffnung des schweizerischen Katastrophencorps;
19. grundsätzliches Exportverbot für Kriegs- und Nuklear- sowie waffenfähiges Chemie-, Weltraum- und Biologiematerial mit Kontrolle, zusätzliches Verbot von Vermittlungsgeschäften, Auslandproduktion und Lizenzverkäufen;
20. Entflechtung von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen (personelle Beispiele: Zürcher Nationalräte Christoph Blocher und Rudolf Reichling);
21. Überprüfung der Friedensverträglichkeit neuer Technologien, Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion (Rüstungskonversion, zum Beispiel Fonds-Bildung zur Erhaltung von Arbeitsplätzen);
22. Verzicht auf internationale Forschungszusammenarbeit, soweit sie der Rüstungsspirale dient; Unterbindung von Waffenschiebereien und «Grauen Märkten», einschliesslich der Finanzierung von Rüstungsgeschäften über den Finanzplatz Schweiz;
23. Unterstützung der Friedensforschung privater Organisationen; Beteiligung an internationalen Verifikationsagenturen für Rüstungsbeschränkung und Abrüstung sowie für Projekte der Umweltpolitik (Überwachungsagenturen); Bereitschaft, auch die eigene Rüstungsindustrie (z.B. Chemie) überwachen zu lassen;
24. Übernahme des UNO-Vorschlages an alle Staaten zur Reduktion der jährlichen Militärausgaben je um 10 Prozent;
25. Moratorium für Rüstungsbeschaffungen, militärische Bauten und Landerwerbe sowie Forschung und Entwicklung, beispielsweise während 15 Jahren (eine Beschaffungsgeneration), gleichzeitig Kontakte mit N+N-Staaten, um sie im Rahmen des KSZE-Prozesses für ein gleichgerichtetes Moratorium und für eine *gemeinsame* Verlängerung zu gewinnen;
26. Mitarbeit der Schweiz im *gesamten* KSZE-Prozess ohne Vorbehalt bei vertrauensbildenden Massnahmen und Bereitschaft zu Abrüstungsschritten auch bei neutralen Staaten;
27. Bereitschaft der Schweizer Armee und ihrer tatsächlichen Führung, sich ideologisch auf eine Politik umzustellen, die auf gemeinsame Sicherheit, Partnerschaftssicherheit, Sicherheit auch eines allfälligen Gegners, ausgerichtet ist und Entwicklung der Fähigkeit und des Mutes, sich selber in Frage zu stellen.
28. Mehr Distanz zu NATO-Staaten bei Rüstungsbeschaffung, Übungsplätzen im Ausland (Sardinien!), personellen Kontakten usw.

Hansjörg Braunschweig

Soeben erschienen:
Denkanstösse zu einer anstössigen Initiative – Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine Schweiz ohne Armee. Herausgeber: Andi Gross, Fitzgerald Crain, Roland Erne, Stefan Furrer. Realutopia Verlagsgenossenschaft, Postfach 816, 8024 Zürich. 338 Seiten, Fr. 29.– (Fr. 25.– für Mitglieder der SPS).

Mit Beiträgen der Herausgeber sowie von: Thomas Huonker, Jakob Tanner, Hansheiri Zürrer, Werner Egli, Hermann Tobler, Max Meier, Heinrich Walther, Fernanda Runte, Helen Müri, Hans Schaufelberger, Peter Gehrig, Osi Stalder, Hansjörg Braunschweig, Hans Fässler, Yvonne Lenzlinger, Linda Stibler, Mario Gsell, Willy Spieler, Marc Spescha, Urs Stähli, Peter Staub, Sophie Köhler, Lieselotte Schiesser, Angeline Fankhauser, Jean Ziegler, Sonja Wälti, Elisabeth Braun, Barbara Kehl-Zimmermann, Ursula Bäumlin, Adrian Schmid und Christoph Schmutz.